

in, mit der Nato zusammenzuarbeiten»



auf eine rasche Bestellung. Foto Keystone/Peter Klauzner

ellen Lage. Die Schweiz hat hier einen Beobachterstatus.

Ein anderes Thema: Die Armeeführung beklagt, dass sie zunehmend Mühe hat, ihre Bestände zu sichern. Wo sehen Sie da Lösungsmöglichkeiten?

Da gibt es verschiedene Ansätze. Zum Beispiel, dass wir über neue Dienstpflichtsysteme nachdenken: Etwa über den Zusammenschluss von Zivildienst und Zivilschutz oder eine Dienstpflicht für alle wie in Norwegen – wobei nur diejenigen eingesetzt würden, die es konkret braucht. Auch besteht die Idee,

Dabei geht es um eine Dienstpflicht für Aufgaben in der ganzen Gesellschaft. Das würde aber einige rechtliche Fragen aufwerfen. Für mich ist das grösste Hindernis bei dieser Idee, dass man damit die Freiwilligenarbeit torpedieren würde.

Zurück nochmals zum aktuellen Krieg in der Ukraine. Tritt der Bundesrat gegenüber dem Aggressor Russland entschieden genug auf – ich denke da vor allem an die Wirtschaftssanktionen?

Der Bundesrat reagierte zunächst zu zögerlich. Das Parlament hat dann an

gespräche in der Schweiz anbieten, wie sie jetzt in der Türkei stattfinden. Ich finde es schade, dass die Schweiz diese Chance verpasst hat. Das kreide ich vor allem unserem Bundespräsidenten und Aussenminister an. Er müsste hier aktiv werden.

Die andere Seite macht geltend, dass die Schweiz eben diese Dienste nicht mehr anbieten könne, weil sie sich mit den Sanktionen von der Neutralität verabschiedet habe.

Russland massregelt uns natürlich auf allen Seiten. Aber wir könnten doch den Stier bei den Hörnern packen und von uns aus aktiv werden, statt diesen Vorwurf der Neutralitätsverletzung einfach hinzunehmen. Mit der Ukraine zusammen könnten wir bestimmt etwas erreichen, und ich bin überzeugt, dass wir auch mit Russland ins Gespräch kommen könnten. Die Bedeutung unseres Landes als Finanzplatz und Wirtschaftsstandort ist auch für die Russen von grosser Bedeutung. Das könnten wir in die Waagschale werfen.

Wie schätzen Sie die aktuelle Lage ein: Droht der Krieg noch heftiger zu werden und noch länger zu dauern?

Ich bin leider nicht so optimistisch. Wir dürfen nichts unversucht lassen. Aber ich verspreue vor allem eine grosse Ohnmacht.

Stefan Calivers

Über die Beschaffung der Kampfjets befindet nun das Parlament

FA-35 Mit insgesamt 9,3 Milliarden Franken will der Bundesrat die Armee für die Zukunft wappnen – zwei Drittel davon sollen für die F-35-Kampfjets verwendet werden. Die Armeebotschaft 2022, die den Kauf der neuen Flugzeuge besiegeln soll, muss nun noch durch das Parlament.

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten insgesamt 6,035 Milliarden Franken für die Beschaffung der Kampfflugzeuge F-35. Für entsprechende bauliche Massnahmen kommen 120 Millionen Franken hinzu. Die Kampfflugzeuge sollen von 2030 bis mindestens 2060 genutzt werden.

Parlament am Zug

Die Daten waren bereits bekannt. Nun hat der Bundesrat dem Parlament die entsprechenden Verpflichtungskredite vorgelegt. Diese enthalten die Teuerung bis zur Auslieferung und die Mehrwertsteuer. Das Parlament entscheidet abschliessend. Die Bundesbeschlüsse unterstehen wie immer bei Kreditvorlagen nicht dem Referendum. Der Ständerat berät die Vorlage in der Sommer-, der Nationalrat in der Herbstsession.

Mit der Beschaffung der 36 neuen Kampfflugzeuge werden die bestehenden 25 F-5 Tiger und 30 F/A-18 Hornet ersetzt. Für die F-5-Tiger-Flotte beantragt der Bundesrat dem Parlament die Ausserdienststellung. Über die Zukunft der Kunstflugstaffel Patrouille Suisse soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Zusatzkosten bei Verzögerung

Nach dem Beschluss des Parlaments zum Verpflichtungskredit können die Beschaffungsverträge mit der US-Regierung aus einer rein rechtlichen Sicht unterzeichnet werden. Erfolgt die Unterzeichnung vor Ende 2022, können voraussichtlich 2027 die ersten und 2030 die letzten Flugzeuge übernommen werden, wie der Bundesrat schreibt.

Trotzdem könnte sich die Beschaffung der US-amerikanischen Kampfjets vom Hersteller Lockheed Martin verzögern, wie es in der Armeebotschaft 2022 heisst. Nach deren Verabschiedung will der Bundesrat mit der Unterzeichnung des Kaufvertrags zuwarten, bis eine allfällige Abstimmung über die Volksinitiative «gegen den F-35 (Stop F-35)» durch ist.

Abstimmung frühestens im November

Mit einer Volksabstimmung ist nicht vor November 2022 zu rechnen. Die Unterschriften müssen zuerst gesammelt werden, dann geht die Initiative an den Bundesrat zur Stellungnahme und schliesslich ins Parlament.

Wird die Initiative abgelehnt, könnte der Bundesrat am Tag nach der Abstimmung seine Unterschrift unter den Kaufvertrag setzen. Falls sie angenommen wird, müsste eine neue Armeebotschaft ausgearbeitet werden – mit einem neuen Typenentscheid. Laut dem Bundesrat ist bei einer Verzögerung der Beschaffung mit zusätzlichen Kosten zu rechnen.

sda



Im Cyber-Bereich besteht für die Schweizer Armee ein Nachholbedarf. Foto Keystone

«Was ich vom Bundesrat vermisse, ist ein stärkeres Engagement für den Einsatz unserer guten Dienste.»

die Informationstage über die Armee für alle obligatorisch zu erklären. Das würde aber eine Verfassungsänderung notwendig machen, weil für die Frauen keine Dienstpflicht besteht.

Die Offiziersgesellschaft hat offen diese Dienstpflicht für Frauen ins Spiel gebracht. Was halten Sie von dieser Idee?

der Frühlingssession deutlich gemacht, die Sanktionen mitzutragen. Mittlerweile wurden ja bereits wieder neue beschlossen. Was ich vom Bundesrat vermisse, ist ein stärkeres Engagement für den Einsatz unserer guten Dienste. Die Sanktionen gegen Russland schliessen eine Vermittlertätigkeit nicht aus. Die Schweiz kann gleichwohl ihre Netzwerke spielen lassen oder Verhandlungs-



Auch im Mai...

... gibts wieder ein aktuelles **WB-Gspräch**. Wann und mit wem? Beachten Sie die Vorankündigung im WB.

Stefan Calivers, Chefredaktor Willisauer Bote

WB-Gspräch
Das Monatsinterview

Partner:

die Mobiliar
Generaldirektor Willisauer-Entlebuch

RAIFFEISEN

GUT
GEBÄUDETECHNIK

SWISS KRONO